

Sitzungsvorlage DS 2011/109

Stadtkämmerei
Helmut Nau
(Stand: **26.04.2011**)

Mitwirkung:

Aktenzeichen: 913.6

Verwaltungsausschuss
nicht öffentlich am 21.03.2011
Gemeinderat
öffentlich am 02.05.2011

Bericht der Verwaltung zum vorläufigen Jahresabschluss 2010 der Stadt

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat nimmt den Bericht (Buchungsstand 02.03.2011) zur Kenntnis.
2. Anteilig 1.460.000 € der Mehrzuführung an die allgemeine Rücklage ist zweckgebunden für den geplanten Grundstückserwerb im Sanierungsgebiet "Bahnhofsstadt".
3. Verwaltungsausschuss und Gemeinderat stimmen in ihren Zuständigkeiten dem vorläufigen Budgetabschluss mit den aufgezeigten Budgetüberschreitungen und deren Abdeckung zu. Der Gemeinderat beschließt im Zuge der Feststellung der Jahresrechnung 2010 abschließend über den endgültigen Budgetabschluss.

Sachverhalt:

1. Beratungen zum Haushalts- und Nachtragsplan 2010

- der Gemeinderat beschließt am 08.02.2010 die Haushaltssatzung und parallel dazu einen Schuldendeckel von 50 Mio. € in der Finanzplanung;
- das Regierungspräsidium erteilt am 28.04.2010 eine eingeschränkte Genehmigung (Reduzierung der Kredit- und Verpflichtungsermächtigungen);
- der Gemeinderat beschließt am 03.05.2010 den Beitritt zum Genehmigungserlass und sperrt die nicht genehmigten Beträge entsprechend;
- der Oberbürgermeister sperrt am 04.05.2010 bis zum Nachtragsplan noch nicht begonnene Investitionen und Zuschüsse der Stadt sowie teilweise den Vermögenserwerb im Vermögenshaushalt;
- der Gemeinderat beschließt am 19.07.2010 die Nachtragssatzung mit deutlich reduzierten Kredit- und Verpflichtungsermächtigungen – die notwendigen Genehmigungen vom Regierungspräsidium werden alle erteilt;

2. Eckdaten vorläufiger Jahresabschluss 2010

Der Bericht basiert auf dem vorläufigen Buchungsstand am 02.03.2011. Abschließende Steuer- und Korrekturbuchungen werden diesen noch verändern. Die **Differenz** zum Haushaltsausgleich beträgt **117.000 €**. In dieser Bandbreite werden sich die Zuführungsrate und die allgemeine Rücklage noch nach oben oder unten verändern. Die den Gremien zur Übertragung vorgeschlagenen Haushaltsausgabereste (getrennte Sitzungsvorlage) sind berücksichtigt.

Ergebniszusammenfassung (gerundet):

• Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt	2.400.000 €
entspricht Ergebnisverbesserung von	5.100.000 €
davon:	
○ Steuern, Finanzausgleich und Umlagen	+ 2.500.000 €
○ globale Minderausgabe und Sperren	+ 920.000 €
○ Einsparungen saldiert in den budgetierten und nicht budgetierten Bereichen	+ 1.680.000 €
• Ergebnis Vermögenshaushalt	+ 2.060.000 €
davon:	
○ Verbesserung Zuführungsrate	+ 5.100.000 €
○ Verbesserungen Vermögenshaushalt netto	+ 1.660.000 €
○ Saldo Grundstücke Einzelplan 8	- 2.500.000 €
○ geringere Erschließungsbeiträge	- 2.200.000 €
ergibt Mehrzuführung an die allgemeine Rücklage :	
○ mit Zweckbindung Grundstücke Bahnstadt	- 1.460.000 €
○ weitere Zuführung allgemeine Rücklage	600.000 €

- Entwicklung **Verschuldung** der Stadt
 - Stand 31.12.2009 26.354.000 €
 - Stand 31.12.2010 29.894.000 €
 - damit **Netto-Neuverschuldung** der Stadt 3.540.000 €

- Entwicklung **allgemeine Rücklage**
 - Stand 31.12.2009 2.590.000 €
 - Stand 31.12.2010 4.650.000 €
 - davon
 - gebunden für gesetzlichen Mindestbestand 2.570.000 €
 - gebunden für Grundstücke "Bahnstadt" 1.460.000 €
 - damit "freie" allgemeine Rücklage rund 620.000 €

3. Verwaltungshaushalt

Am 02.03.2011 ist eine **Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt** von 2.400.000 € gebucht, damit vorläufig 5.100.000 € mehr als im Nachtragsplan veranschlagt war. Zur Jahresmitte 2010 war davon auszugehen, dass zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes 2.700.000 € notwendig sind, um die erheblichen Mindereinnahmen bei den Steuern und im Finanzausgleich ausgleichen zu können. Basis für die Veranschlagung von Einkommensteuer und Finanzausgleich im Nachtragsplan waren die Aussagen des Landes in seinem Haushaltserlass vom Juni 2010.

Gründe der Verbesserung:

- deutlich günstigere Entwicklung von Konjunktur und Arbeitsmarkt ab Mitte des vergangenen Jahres
- Umsetzung beschlossener Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung
- insgesamt das Einhalten der beschlossenen globalen Minderausgabe und der vom Oberbürgermeister verfügbaren zusätzlichen pauschalen Sperre
- Übertragung von Ausgaberesten im Verwaltungshaushalt nur in sehr begrenztem Umfang

Im **Unterabschnitt 1.9000** (Steuern, Finanzausgleich, Zuweisungen und Umlagen) summiert sich eine **Nettoverbesserung von rund 2.500.000 €**

- | | |
|--------------------------------------|---------------|
| • Gewerbesteuer (netto) | + 240.000 € |
| • Anteil an der Einkommensteuer | + 950.000 € |
| • Finanzausgleich (saldiert) | + 1.830.000 € |
| • sonstige Steuereinnahmen der Stadt | - 40.000 € |

Die **Gewerbesteuer** schließt mit rund 35.310.000 €, damit 690.000 € unter dem Ansatz der Nachtragsplanung. Das Ergebnis 2009 lag bei 33.600.000 €. An vorläufigen Abschlägen 2010 auf die Steuerumlage mussten 450.000 € weniger an das Land bezahlt werden. Die Endabrechnung der Steuerumlage im Februar 2011 hat eine Nachzahlung von knapp 300.000 € ergeben. Dies ist bei der Planaufstellung 2011 entsprechend berücksichtigt.

Die anteilige **Einkommensteuer** war mit 16.700.000 € eingeplant (Gesamtsteueraufkommen von 3,70 Mrd. €). Die Einnahmen liegen bei 17.650.000 € und damit 950.000 € über der Planung. Entgegen den Aussagen des Landes hat sich das Gesamtsteueraufkommen noch einmal auf 3,97 Mrd. € erhöht.

Am deutlichsten wirken sich die positiven Impulse für die Konjunktur und am Arbeitsmarkt im kommunalen Finanzausgleich aus. Die Mehreinnahmen aus **Schlüsselzuweisungen** und Investitionszuschüsse betragen 1.500.000 €, zusätzlich 330.000 € betreffen den Familienleistungsausgleich und geringere Umlagezahlungen, insbesondere die dem Land zu bezahlende FAG-Umlage.

Der Ausgabeüberhang im Ergebnis aller **Zins- und Finanzausgaben** und der **Zinseinnahmen** (Stadt, Stiftungen/Vermächtnisse) beträgt rund 1.150.000 € und liegt damit 30.000 € über der Planung. Geringere Zinseinnahmen aus den Geldanlagen (55.000 €) und höhere Finanzausgaben (235.000 €), insbesondere aus der Veranlagung älterer Gewerbesteuerfälle nach Feststellung des Betriebsergebnisses durch das Finanzamt, können durch Minderausgaben für die Kredit- und Kassenkreditzinsen (260.000 €) aufgefangen werden – Kreditermächtigung nur teilweise ausgeschöpft, sehr günstige Kreditkonditionen.

Im Nachtragsplan sind **Personalausgaben** von **22.050.000 €** veranschlagt. Die vom Gemeinderat beschlossene 4-monatige Stellenbesetzungssperre reduziert den Ansatz pauschal um 200.000 € (zentral im Unterabschnitt 1.9100) auf 21.850.000 €. Ergänzend sind die Personalkosten von der beschlossenen globalen Minderausgabe (1 % im Verwaltungshaushalt) und der verwaltungsinternen OB-Sperre mit zusammen 350.000 € betroffen. Danach verbleiben Personalausgaben von 21.500.000 €. Das Ergebnis beträgt **21.640.000 €**, damit werden, bezogen auf den ursprünglichen Planansatz, 410.000 € eingespart, insgesamt liegen die Personalausgaben aber 140.000 € über den Vorgaben. Die Personalkosten sind jeweils Teil der jeweiligen Budgetabschlüsse (siehe Ziffer 6).

Bei folgenden 5 **Budgets** summieren sich Einzelverbesserungen > 100.000 € auf zusammen rund 1.850.000 € (Mehreinnahmen und Minderausgaben):

- 1.0320 (Stadtkasse) 180.000 €
deutlich höhere Säumniszuschläge
- 1. 1102 (Verkehrswesen) 380.000 €
höhere Verwaltungsgebühren und Bußgeldeinnahmen
- 1.6130 (Bauordnung) 380.000 €
höhere Baugenehmigungsgebühren
- 1.7215 (RaWEG) 110.000 €
höhere PPK-Wertstoffvergütung (gestiegener Papierpreis)
- 1.8811 (Mietverhältnisse insgesamt) 800.000 €

Der überwiegende Teil der Verbesserung bei den **Mietverhältnissen** betrifft einmalig mit 500.000 € die erstmalige Einbuchung offener Mietforderungen in den Verwaltungshaushalt (Altfälle aus der Zeit der Abwicklung durch das Siedlungswerk). Bis Jahresende 2009 waren diese Forderungen gegenüber den Mietern/dem Siedlungswerk ausschließlich in der Geldvermögensrechnung der Stadt (als Gegenstück zur Bilanzierung beim Siedlungswerk) ausgewiesen. Teilweise wurden Forderungen aus den Verträgen des Siedlungswerkes durch Beschlüsse niedergeschlagen (VA 16.03.2009 und 22.11.2010).

Gegenläufig zu diesen Budgetverbesserungen haben sich bei 8 der 145 Budgets (im Vorjahr 13) unabweisbare Belastungen (Mehrausgaben und Weniger-einnahmen) mit zusammen knapp 1.040.000 € ergeben. Davon betreffen anteilig 229.000 € neutrale Leistungsabrechnungen der drei Ortsbauhöfe und gebührenfähige Aufwendungen im Abfallbereich. Der Landkreiszuschuss für das "aha" ist zeitversetzt 2011 mit 71.000 € eingegangen.

Die Netto-Abweichungen in diesen 8 Budgets können durch **Verbesserungen** in den anderen Budgets insgesamt aufgefangen werden. Auf die Bildung von Haushaltsresten wurde weitestgehend verzichtet. Die Überziehungen und die Abdeckungen sind unter Ziffer 6 (vorläufiger Budgetabschluss) näher erläutert.

4. Vermögenshaushalt

Der Gemeinderat hat am 14.12.2009 (DS 2009/561) für das Museum Humpis-Quartier einen "**Haushaltsvorgriff**" auf 2010 beschlossen. Für Investitionen, die im Folgejahr fortgesetzt werden, sind überplanmäßige Ausgaben auch dann zulässig, wenn ihre Deckung erst im Folgejahr gewährleistet ist. Dies gilt auch, wenn dadurch im Vermögenshaushalt ein Fehlbetrag entsteht. Wegen des deutlich schnelleren Mittelabflusses (bei unveränderten Gesamtkosten) wurden im Jahresabschluss 460.000 € als **Fehlbetrag 2009** ausgewiesen. Dieser Haushaltsvorgriff wurde 2010 vollständig ausgeglichen.

Ende 2009 war die **allgemeine Rücklage** fast bis zum gesetzlichen Mindestbestand aufgebraucht, Entnahmen waren daher 2010 nicht veranschlagt. Im Ergebnis werden der Rücklage 2.060.000 € zugeführt. Anteilig 1.460.000 € sollen mit einer beschlossenen Zweckbindung "Grundstücksverträge Bahnstadt" in die Rücklage eingebucht werden. Die vom Gemeinderat im Grundsatz am 03.05.2010 (DS 2010/191) beschlossenen Grundstücksgeschäfte wurden in Ausgaben und in Einnahmen innerhalb des Sanierungsgebietes "Bahnstadt" im Nachtragsplan veranschlagt. Nachdem die Verträge in 2010 nicht mehr zum Abschluss gekommen sind, schließt die Sanierungsrechnung "Bahnstadt" mit einem Überschuss von 1.460.000 € (UA 2.6154/0001). Diese zweckgebundenen Mittel stehen später bei Vertragsabschluss durch Einzelbeschluss als Deckung für den Netto-Kaufpreisüberhang zur Verfügung.

Wesentliche Teilergebnisse (gerundet):

- Der Saldo der **bebauten und unbebauten Grundstücken** im Einzelplan 8 (Umsatzvolumen 9.500.000 €) war mit einem Netto-Einnahmeüberhang von knapp 4.300.000 € geplant. Im Ergebnis liegt der "Überschuss" bei

etwa 1.800.000 €, damit 2.500.000 € darunter. Der mit rund 2.625.000 € veranschlagte Ausgabenansatz wurde um knapp 120.000 € unterschritten. Die Verschlechterung ergibt sich damit ausschließlich aus den Mindereinnahmen bei den bebauten (je ein Bauplatz Bannegg und Kohlenberg) und den unbebauten Grundstücken (Verkauf Gewerbegrundstücke "Erlen" 2.000.000 € weniger). Die fehlenden Verkaufserlöse belasten zwar den Abschluss, sie können aber in Folgejahren neu veranschlagt werden.

- Die **Hochinvestitionen** betragen zusammen 4.020.000 €, sie liegen damit sehr nahe am Gesamtansatz von 4.060.000 €. Die meisten Vorhaben sind realisiert oder begonnen. Schwerpunkte sind neben dem Museum Humpis-Quartier insbesondere die Schulen (770.000 €) und die städtischen Bauvorhaben Südstadt, Jugendherberge und Leonhardstraße (870.000 €). Die 2009 gebildeten Haushaltsreste wurden um 1.800.000 € abgebaut.
- Für das Museum **Humpis-Quartier** hat die Stadtkasse Auszahlungen von über 1.500.000 € geleistet. An Einnahmen gingen knapp 500.000 € ein. Die nicht verbrauchten Ausgabe- und Zuschussansätze werden bis zur Fertigstellung und Abrechnung 2011/12 als Haushaltsreste vorgetragen.
- Die **Tiefbauinvestitionen** an Straßen und Gewässern summieren sich auf knapp 2.600.000 € und liegen damit etwa 840.000 € unter dem Gesamtansatz. Anteilig 680.000 € davon betreffen den allgemeinen Straßenbau und die Kassenraten von verschiedene Erschließungsanlagen (vor allem "Erlen" und Obere Burachstraße). Auch deshalb liegen die Einnahmen aus den Erschließungsbeiträgen unter der Planung. Die im Vorjahr gebildeten Haushaltsausgaberrreste wurden um fast 2.200.000 € abgebaut
- Die Eigenanteile der Stadt an den 7 **Sanierungsgebieten** (UA 2.6150 ff.) summieren sich auf rund 970.000 € und liegen damit knapp 60.000 € unter dem Gesamtansatz. In Absprache mit dem RPA werden die Ausgleichsbeträge (Bodenwertsteigerung) der abgerechneten Sanierung "Oberstadt II" jährlich nach Zahlungseingang eingebucht. Der dadurch 2010 entstandene Fehlbetrag von 172.000 € entspricht exakt dem Vorjahresüberschuss und ist somit 2009/10 neutral. Die Endabrechnung der Sanierungsabrechnung "Südwestliche Unterstadt" bringt einen Überschuss von 117.000 €. Damit ergibt sich im Saldo aller Sanierungsmaßnahmen 2010 ein kleines "Plus".
- Im Nachtragsplan wurden im Sanierungsgebiet "**Bahnstadt**" die restlichen **Grundstücksgeschäfte** brutto in Einnahmen und Ausgaben veranschlagt. Der Gemeinderat hat am 03.05.2010 (DS 2010/191) dem Grundstückskauf grundsätzlich zugestimmt. Die Verträge wurden 2010 nicht mehr beurkundet. Dadurch ist in der Sanierung (Unterabschnitt 2.6154) ein Überschuss von 1.460.000 € entstanden. Werden diese Mittel zweckgebunden in die allgemeine Rücklage eingebucht, stehen sie bei einem Vertragsabschluss 2011 per Beschluss des Gemeinderates oder über die Nachtragsplanung für den ursprünglichen Zweck weiter zur Verfügung. Die geplanten Grundstücksgeschäfte (An- und Verkauf) haben ein zusätzliches, aber neutrales Volumen von weiteren rund 2.000.000 €

5. Kredite und Rücklagen

Im Nachtragsplan wurde die Kreditermächtigung um 7.000.000 € reduziert. Der neue Planansatz von 5.000.000 € erhöht sich um die freie Kreditermächtigung – 875.000 € sollen durch Beschluss des Gemeinderates als Einnahmerest übertragen werden. Damit beträgt die geplante Verschuldung Ende 2010 rund 30.730.000 €. Ermächtigt durch den Beschluss des Gemeinderates vom 03.05.2010 wurde bei der Kreissparkasse Mitte Juni (wirtschaftlichster Bieter einer Ausschreibung) ein Kredit über 5.000.000 € aufgenommen – Zinssatz 3,08 % bei 10-jähriger Zinsbindung, endfälliger Kredit. Die städtischen Schulden liegen am 31.12.2010 bei 29.894.000 €. Die Stadt hat sich damit 2010 um 3.540.000 € neu verschuldet, das sind 836.000 € weniger als geplant. Bei 49.491 Einwohnern entspricht dies einer Pro-Kopf-Verschuldung von 604 €. Der **Durchschnittszins** aller städtischen Kredite beträgt **3,19 %** (Zinsen in % zu den Schulden am Jahresbeginn und am -ende).

Für den ordentlichen **Schuldendienst** waren 2.600.000 € eingeplant, davon 1.500.000 € für Tilgungen und 1.100.000 € für Zinsen. Durch den endfälligen Neukredit lagen die Tilgungsausgaben bei 1.460.000 €, damit 40.000 € unter der Planung. Für Zinsen wurden knapp 900.000 € bezahlt, das sind 200.000 € weniger als veranschlagt war – sehr günstiger Zinssatz und zeitversetzte Aufnahme des Neu-Kredites. Die vorläufig mit 875.000 € nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigung 2010 (Leonhardstraße und Mensa Weststadt-schule erst in 2011) soll als Haushaltsrest vorgetragen werden (Beschlussempfehlung Gemeinderat 04.04.2011). Die Mittel können bis zum Erlass der Haushaltssatzung 2012 aufgenommen werden.

In der **allgemeinen Rücklage** sind Ende 2009 knapp 2.600.000 € gebucht. Damit lag die Rücklage nur 50.000 € über dem gesetzlichen Mindestbestand für die Kassenliquidität. Im Ergebnis 2010 können der Rücklage 2.060.000 € überplanmäßig zugeführt werden (1.460.000 € mit Zweckbindung). Damit summiert sich die Rücklage zum Jahresende 2010 auf 4.650.000 € und liegt damit rund 620.000 € über dem gesetzlichen Mindestbestand. Diese Mittel stehen für Tilgungen oder Investitionen in kommenden Jahren zur Verfügung.

Für die **Schließung von 3 Bahnübergängen** in Eschach und Taldorf hat die Stadt 2004 von der Deutschen Bahn AG zweckgebunden für den Kauf von Grundstücken und für notwendige Tiefbaumaßnahmen 1.075.000 € erhalten. Diese Mittel sind mit entsprechender Zweckbindung in die Rücklage eingebucht. In 2010 sind keine Ausgaben angefallen. Für die 2011 vorgesehene Endabrechnung mit der Bahn stehen noch 28.000 € zur Verfügung.

Der zweckgebundenen **Stellplatzrücklage** werden im Zusammenhang mit der Abrechnung des Sanierungsgebietes Oberstadt II (Tiefgarage Marienplatz) und aus 2010 eingenommenen Beiträgen 34.000 € zugeführt. Die Rücklage beträgt damit rund 794.000 € Ende 2010. Die Herstellung von zusätzlichen öffentlichen Stellplätzen an der Mauerstraße verschiebt sich nach 2011. Die zur Finanzierung vorgesehene Entnahme von 120.000 € ist neu veranschlagt.

6. Vorläufiger Budgetabschluss 2011

Mit der Verabschiedung der Haushaltsplanung wurde eine globale Minderausgabe im Verwaltungshaushalt mit 600.000 € (1 % auf Sach- und Personalausgaben) beschlossen. Der Oberbürgermeister hat am 18.03.2010 ergänzend eine verwaltungsinterne Sperre im Verwaltungshaushalt über 610.000 € verfügt, um sich die notwendigen Spielräume für die anlaufende Haushaltskonsolidierung und die Umsetzung in der Nachtragsplanung zu sichern. Ziel dieser zusätzlichen OB-Sperre auf die Sach- und Personalkosten war dabei weniger die konkrete Umsetzung in den einzelnen Finanzpositionen, sondern eine betragliche Reduzierung der Einzelbudgets und der übergeordneten Ämterbudgets. Positiv ist festzuhalten, dass im Saldo die globale Minderausgabe und die verfügte Sperre insgesamt in der Summe aller Budgets von den Ämtern realisiert wurden.

Bei der **Budgetbeurteilung** sind die verfügbaren Sperren berücksichtigt. Unabweisbare **Mehrbelastungen** > 25.000 € (Mehrausgaben/Wenigereinnahmen) haben sich bei 8 Budgets (im Vorjahr 13) mit einem Gesamtvolumen von knapp 1.040.000 € ergeben – zuständig für Überschreitungen ab 25.001 € ist der Verwaltungsausschuss, ab 100.001 € der Gemeinderat.

Budget		Abmangel (rund in €)	Begründung
1.0340	Abgabenwesen	311.000	mehr Nachzahlungs- und weniger Erstattungszinsen ältere Gewerbesteuer-Veranlagungen (Verzinsung)
1.1103	Einwohnerwesen	65.000	geringere Verwaltungsgebühren (35.000 €) und höhere Personalausgaben (28.000 €)
1.4605	Jugendinformationszentrum "aha"	55.000	Abrechnung mit dem Landkreis künftig im Folgejahr (71.000 €)
1.6300	Straßenunterhalt Ravensburg	262.000	höhere Betriebshofleistungen für Winterdienst und Straßenunterhalt mit zusammen 280.000 €
1.6309	Straßenunterhalt Schmalegg	59.000	höhere Betriebshofleistungen für Winterdienst (52.000 €) und Sachkosten Winterdienst (43.000 €)
1.6309	Straßenunterhalt Taldorf	117.000	höhere Betriebshofleistungen für Winterdienst (58.000 €) und Sachkosten Winterdienst (84.000 €)
1.6309	Straßenunterhalt Eschach	87.000	höhere Betriebshofleistungen für Winterdienst (35.000 €) und Sachkosten Winterdienst (50.000 €)
1.7210	Abfallbeseitigung	84.000	höhere Entsorgungs-/Abfuhrkosten (46.000 €), weniger Müllgebühren (35.000 €) – gebührenfähig
	zusammen (rund)	1.040.000	davon 229.000 € neutral (Ortsbauhöfe) oder gebührenfähig

Anteilig 145.000 € entfallen auf zusätzliche Leistungsabrechnungen der drei Ortsbauhöfe (Winterdienst und Straßenunterhalt). Durch die entsprechend höheren Umsatzerlöse ist dies im Verwaltungshaushalt ergebnisneutral. Erhebliche Mehrkosten durch Zusatzleistungen des Eigenbetriebs Betriebshof Ravensburg belastet aus gleichen Gründen den Straßenetat mit 280.000 €. Beim Eigenbetrieb verbessern diese Umsatzerlöse dessen Ergebnis. Im Bericht der Geschäftsleitung zum Abschluss 2010 des Eigenbetriebes wird näher darauf eingegangen.

Der Abmangel im Abfallbereich (84.000 €) ist gebührenfähig. Der Gemeinderat hat bereits eine moderate Gebührenanpassung zum 01.01.2011 beschlossen. Der Landkreis hat seinen hälftigen Anteil am Jugendinformationszentrum "aha" im Februar 2011 überwiesen. Die Abrechnung erfolgt künftig immer zu Beginn des Folgejahres.

Die Abdeckung der nicht durch neutrale Vorgänge oder Kostenüberdeckungen bei den Gebühren ausgeglichenen Mehrbelastungen erfolgt formal über die in Ziffer 3 erläuterten Verbesserungen der dort genannten 5 Budgets. Bezogen auf das Gesamtergebnis aller Budgets werden damit alle unabweisbaren Mehrbelastungen durch Minderausgaben an anderer Stelle ausgeglichen.

In Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt werden bei der Ermittlung der Budgetergebnisse (wie in den Vorjahren) nur die bereinigten Budgets zugrunde gelegt. Budgetveränderungen die sich aus neutralen Verrechnungen ergeben (Raum- und Verwaltungskosten, kalkulatorische Verzinsung und Abschreibung, innere Verrechnungen) bleiben unberücksichtigt.

Wie bei den Haushaltsresten beschließt der Gemeinderat abschließend über den Budgetabschluss im Zuge der Feststellung der Jahresrechnung 2010.

Anlagen:

Gliederungs- und Gruppierungsübersicht vom 02.03.2011

Anmerkung: die Differenz bei den kalkulatorischen Kosten von rund 13.000 € (Gruppierung 27 und 68) entspricht dem zweckgebundenen Überschussvortrag aller städtischer Stiftungen.